Spezialkommission 2013/05
Revision des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe
c/o Matthias Frick
Dorfstrasse 13
8219 Trasadingen

An den Präsidenten des
Kantonsrates Schaffhausen
Regierungsgebäude
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 25. Oktober 2013

Motion 2013/12

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident

Wir möchten Sie bitten, folgende Motion auf die Traktandenliste zu setzen:

Neuregelung der finanziellen Zuständigkeit mit Bezug auf Fremdplatzierungskosten

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat Bericht und Antrag zu einer Anpassung der gesetzlichen Grundlagen mit Bezug auf die finanzielle Zuständigkeit für Fremdplatzierungskosten (von Kindern und Erwachsenen) zu unterbreiten. Erfasst werden sollen dabei sowohl Fremdplatzierungen, welche auf eine Anordnung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ergehen, wie auch jene im Einvernehmen mit den Betroffenen.

Begründung:

Können die Betroffenen für die durch eine Fremdplatzierung anfallenden Kosten nicht oder nicht vollständig aufkommen, haben die Gemeinden die Finanzierung mit Geldern aus der Sozialhilfe zu übernehmen. Dabei kann es sich um beträchtliche Beträge handeln, welche die Gemeindehaushalte in unterschiedlichem Ausmass und zuweilen sehr stark betreffen. Seit der ab 2013 bestehenden Zuständigkeit der kantonalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde gilt in diesem Bereich zudem der Grundsatz „wer zahlt befiehlt“ nicht mehr. Was gerade im Zusammenhang mit der Erfahrung einiger Gemeinden mit Anordnungen von Massnahmen mit hoher Kostenfolge verständlicherweise zu einem spürbaren Unbehagen führt.

Wir regen daher gestützt auf die ersten Erfahrungen mit dem neuen Regime des Kindes- und Erwachsenenschutzes an, eine neue Finanzierung bezüglich der aus Fremdplatzierungen erwachsenden Kosten zu prüfen.

Denkbar ist, dass sich diese ganz oder jedenfalls stärker nach dem Grundsatz „wer zahlt, befiehlt“ ausrichtet und die bisherige, für alle Sozialhilfeleistungen geltende Regelung (Gemeinden 75 %, Kantonsbeitrag 25 %) ersetzt. Vorstellbar wäre zum Beispiel, dass der Kanton künftig diese Kosten im Gegenzug zu einer anteilmässigen anderweitigen Kompensation durch die Gemeinden übernimmt.

Denkbar ist aber auch, zur Vermeidung von in diesem Zusammenhang entstehenden absehbaren Härten bei einzelnen Gemeinden und zur Brechung von Spitzen im Sinne eines Überlaufgefässes, übermässige Kosten in einem bestimmten Mass auf alle Gemeinden und den Kanton zu verteilen.

Auch die Prüfung weiterer Varianten, welche dem Sinn der Motion entsprechen, soll mit der Überweisung dieses Vorstosses möglich sein.

Matthias Frick

Walter Bogensang

P. Schenk

F. Frick

F. Iller

A. J. ...

E. ...